



Staatlichkeit und emanzipatorische Politik

von Thilo Scholle



Eine Zeit lang sah es so aus, als könnten auch in der Sozialdemokratie jene politischen Denkansätze an Einfluss gewinnen, die den Staat als Akteur im Kampf für fortschrittliche Politik abgeschrieben hatten. „Privat vor Staat“ war auch innerhalb der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion keine unbekanntete Parole. Weitere Privatisierungen und Deregulierungen gerade auch im Bereich der Öffentlichen Daseinsvorsorge waren die Folge. Diese Entwicklung hat sich seit einiger Zeit zumindest auf der Ebene der politischen Verlautbarungen wieder verändert. Auch das „Hamburger Programm“ versucht, staatliche Handlungen wieder als ein Element gesellschaftlicher Steuerung und Gestaltung zu beschreiben.

Im intellektuellen Umfeld der Sozialdemokratie melden sich wieder Stimmen zu Wort, die eine stärkere Rolle des Staates im politischen Geschehen befürworten. Hans Peter Bull, Professor für Öffentliches Recht in Hamburg und für die SPD u.a. Innenminister von Schleswig-Holstein Anfang der 1990er Jahre, unternimmt mit seinem Buch „Absage an den Staat? Warum Deutschland besser ist als sein Ruf“ den Versuch, die Debatten über die Handlungsfähigkeit von Staatlichkeit in Deutschland zu mäßigen. Bull erhebt dabei nicht den Anspruch, eine tiefer schürfende Analyse der Grundstrukturen von Staatlichkeit an sich zu liefern.

In seinem Buch beschreibt er vielmehr vor allem, wie politisches Handeln nach wie vor gesellschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten besitzt. Im Gegensatz zu Staatsverächtern wie dem Speyerer Professor Hans Herbert von Arnim geht es Bull darum, die Möglichkeiten, die die Staatsorganisation des Grundgesetzes bietet, für soziale und demokra-



tische Veränderungen zu nutzen. Theoretisch schließt er dabei an die sozial-liberale Staatslehre-tradition der Bundesrepublik an. Bezüge zu einer marxistischen Interpretation des Grundgesetzes, wie sie etwa Wolfgang Abendroth geliefert hat, finden sich nicht, sind aber auch nicht Anspruch des Autors.



Foto: www.fotolia.de, © Michael Sick

□ Der Staat als soziales Verhältnis

» Dass es „den Staat“ nicht gibt, ist eine Bin-senweisheit. Neben intellektuell einfachen Darstellungen, die den Staat als einen monolithischen Block und schlichtes Instrument in den Händen einer herrschenden Klasse sahen, hat sich innerhalb der an Marx orientierten Debatte schon sehr früh eine vielschichtige Diskussion um die Beschaffenheit von Staatlichkeit – vor allem im Kontext kapitalistischer Wirtschaftsordnungen – entwickelt.

Fast ein kleines Lehrbuch zur Einführung in die marxistische Staatstheorie ist das Buch „Herrschaft im Wandel“ von Andreas Fisahn, Professor für Öffentliches Recht in Bielefeld. Forschungsleitbild für Fisahn ist nicht die abstrakte Frage, was „der Staat“ ist, sondern wie sich gesellschaftliche Herrschaft im Kontext kapitalistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen vermittelt. Ausführlich grenzt er dazu seine Überlegungen von einem wirkungsmächtigen Diskussionsstrang in der (vor allem deutschen) Rechtswissenschaft ab, der den Staat unabhängig von seiner konkreten Ausgestaltung und seinem gesellschaftlichen Kontext zu begreifen versucht. Staatlichkeit wird in einer ersten Annäherung als „Ensemble von Strukturen und Institutionen mit unterschiedlichen, mehr oder weniger gut aufeinander abgestimmten Kompetenzen, Aufgaben und Funktionen“ beschrieben. Diese Institutionen sind von „unterschiedlichen Kräfteparallelogrammen“ durchzogen und gleichzeitig selbst „Elemente des Kräfteparallelogramms im staatlichen Feld“. Hier schließt Fisahn sehr deutlich an die Arbeiten von Nicos Poulantzas an. Intensiv widmet sich der Autor sodann dem Verhältnis von Demokratie und Herrschaft. Für Fisahn bleibt

das völlige Absterben von Herrschaft in der sozialistischen Utopie ein „mystisches Moment“. Mit dem Wegfall ökonomischer Ausbeutung – der „Herrschaft über Menschen“ – und der Einführung einer gemeinschaftlichen Verwaltung des Produktionsprozesses werde zwar Demokratie im eigentlichen Sinne möglich. Allerdings sei zu vermuten, dass mit der gemeinschaftlichen Herrschaft über Sachen dann doch wieder auch eine Art Herrschaft über Menschen verbunden sein würde. Am Begriff von Staatlichkeit in der „Assoziation der Freien und Gleichen“ sei mithin noch zu arbeiten. Auszugehen sei aber zumindest von einer „Rücknahme des Staates in die Gesellschaft“.

Ausführlich setzt sich Fisahn mit der Diskussion über die genaue Funktion von Staatlichkeit im Kapitalismus auseinander. In diesem Sinne fungiere der Staat als Garant der kapitalistischen Produktion insgesamt. Zugleich durchdringe der Staat aber nicht alle Gesellschaftsbereiche gleichermaßen. Dies öffnet die Perspektive dafür, auch andere gesellschaftliche Machtverhältnisse in den Blick zu nehmen. Ein letzter Abschnitt des Buches nimmt die „neoliberalen Verschiebungen“ im flexiblen Kapitalismus in der Beschaffenheit von Staatlichkeit in den Blick. Fisahn stellt dabei die Thesen auf, 1. eine Tendenz zur Entdemokratisierung oder Oligarchisierung staatlicher und gesellschaftlicher Entscheidungsprozesse, 2. die Entflechtung staatlicher und ökonomischer Funktionen, 3. eine Umstellung der Logik staatlicher Apparate auf die ökonomische Logik. Insgesamt schlägt das Buch eine gut lesbare Schneise durch die marxistische Staatsdiskussion der letzten einhundertfünfzig Jahre. Mit dem Blick auf die Veränderungen der letzten Jahrzehnte wird zudem ein Bogen zu aktuellen Diskussionen geschlagen.

□ Der Staat in der Bürgerlichen Gesellschaft

» Im Sammelband „Der Staat der Bürgerlichen Gesellschaft“ werden weitere Facetten marxistischen Staatsverständnisses diskutiert. Die Herausgeber Joachim Hirsch, John Kannankulam und Jens Wissel skizzieren in ihrer Einleitung zentrale Elemente einer an Marx orientierten Staatstheorie. Dazu zählt, Staatlichkeit als Ausdruck gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse zu begreifen, die es zu überwinden gilt, und die für die bürgerliche Gesellschaft charakteristische Trennung von Staat und Gesellschaft zu überwinden. Der Staat müsse als integraler Bestandteil der kapitalistischen Produktionsverhältnisse verstanden werden. Leitfrage sei, welches die Prozesse sind, mittels derer sich die politische Form der kapitalistischen Gesellschaft durch soziale Auseinandersetzungen und Kämpfe hindurch erhalte, wie vor diesem Hintergrund politische Herrschaft als die Einheit von Zwang und Konsens hergesellt werden könne. In einem weiteren Artikel gehen sie vor allem auf die Bedeutung von Louis Althusser und Nicos Poulantzas ein. Dabei plädieren sie dafür, nicht nur ökonomische Kräfteverhältnisse in den Blick zu nehmen. Im Anschluss an Poulantzas wird für einen „relationalen“ Staatsbegriff plädiert. Die Beschaffenheit von Staatlichkeit hängt damit von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen ab, die sich in die Materialität des Staates einschreiben.

Josef Esser, bereits seit den 1970er Jahren mit Arbeiten zur materialistischen Staatstheorie präsent, gibt abschließend einen Überblick über das Schwarze Loch einer tatsächlichen Auseinandersetzung mit materialistischer Staatstheorie in der deutschen Politikwissenschaft. Als Kontrast dazu verweist er auf die Debatten in angelsächsischen Ländern, die unter der Überschrift „Bringing the State back in“ wieder stärker auch marxistische Arbeiten in der Diskussion rezipierten.

□ Vom Blick auf den Staat zur Rechtsform

» Einen der entscheidenden Beiträge zur Weiterentwicklung marxistischer Staatstheorie hat Antonio Gramsci geleistet. Mit dem Buch „Hegemonie gepanzert mit Zwang“ versuchen Sonja Buckel und Andreas Fischer-Lescano, einen Überblick über aktuelle Konzepte von Staatlichkeit im Anschluss an Gramsci zu geben. Der Focus richtet sich auf die Frage, wie sich Staatlichkeit jenseits des klassischen Nationalstaates entwickelt hat. Deutlich wird, dass sich bereits von „fragmentierter“ Staatlichkeit auf internationaler Ebene sprechen lässt. Die Frage, was sich alles unter Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene fassen lässt, welches Verhältnis zwischen Nationalstaaten und globalen Kräfte- und Klassenverhältnissen besteht, bietet viel Stoff für weitere Diskussionen.

Die bereits oben angesprochene Herausforderung, Recht in seinem – herrschaftsgebundenen – gesellschaftlichen Kontext zu betrachten, ohne die möglichen Eigendynamiken der Rechtsform aus den Augen zu verlieren, versucht Sonja Buckel in ihrem Buch „Subjektivierung und Kohäsion“ nachzugehen. Bereits mit dem Titel werden die zwei Hauptzwecke der Rechtsform deutlich: Subjektivierung des Menschen auf der einen, Kohäsion der gesellschaftlichen Verhältnisse auf der anderen Seite. Dabei versucht sie eine Verbindung von Systemtheorie als der Theorie, die der Vorherrschaft funktionaler Differenzierung in modernen Gesellschaften nachspüre, und marxistischer Gesellschaftstheorie, die den kapitalistischen Charakter der Gesellschaft in den Blick nehme. Recht ist nötig, um gesellschaftliche Hegemonie zu organisieren. Gesetze wirken hier als juristische Machttechnologie. Somit kommt dem Recht einerseits eine Funktion als Kohäsions- und Konsensfiktion der Gesellschaft zu, als Scharnier zwischen den Vereinzelten Individuen und der Gesellschaft. Als verselbstständigte Form sozialer Verhältnisse erhalte sich die Rechtsform aber zugleich eine „relationale Autonomie“. Rechtsform und politische Form können sich demnach unabhängig von einander entwickeln.

Aus dieser Analyse leitet Buckel auch Emanzipationspotentiale des Rechts her. Mit der formalen Anerkennung von Rechten gehe ein Aufschub an Macht einher, Kräfteverhältnisse könnten sich nur „relational“ – also im Verhältnis zu anderen Einflussfaktoren – ins Recht einschreiben. Rechte könnten daher auch als „Waffen“ in gesellschaftlichen Konflikten eingesetzt werden. Mit dem Buch Buckels gelingt eine Erweiterung der Perspektive der neuern marxistischen Diskussion über Staatlichkeit. Mit der Rechtsform wird eine der entscheidenden Handlungsformen gesellschaftlicher Steuerung auch auf seine emanzipatorischen Potentiale hin untersucht.

□ Diskussion von Staatlichkeit und emanzipatorische Politik

» Die eingangs vorgestellten Bücher zeigen, dass die marxistisch inspirierte Diskussion über Staat, Recht, und die Bedingungen emanzipatorischer Politik weiter an Substanz gewonnen hat. Klar ist, dass diese Diskussion weder den politikwissenschaftlichen noch den sozialdemokratischen Mainstream in Deutschland erreicht hat. „Den Staat“ als Akteur zu rehabilitieren bzw. wieder in die innersozialdemokratische Debatte – siehe Hamburger Programm – zu bringen, ist als Haltelinie gegen ein weiteres Abrutschen in eine Politik, die sich immer weiter ihrer Handlungsmöglichkeiten beraubt oder berauben lässt, sinnvoll.

Hinzutreten muss aber auch ein Diskussion darüber, wie weit ein allzu einfaches rekurren auf staatliche Maßnahmen ins Leere läuft, wenn sie nicht die gesellschaftlichen Hintergründe und Rahmen von Staatlichkeit mit in den Blick nimmt. Bei der Lektüre der oben angeführten Bücher wird zudem deutlich: Ohne ein fundiertes Gesellschaftsverständnis schwebt jede Vorstellung vom Staat im freien Raum. Es lohnt sich, auch diese Impulse in die sozialdemokratische Debatte zu tragen. ■

↳ Thilo Scholle, Lünen, Rechtsreferendar am Landgericht Dortmund, Mitglied der spw-Redaktion.

Literatur

- Buckel, Sonja: Subjektivierung und Kohäsion. Zur Rekonstruktion einer materialistischen Theorie des Rechts, Veitbrück Wissenschaft, Weilerswist 2007, 360 Seiten, 38,00 Euro
- Buckel, Sonja/Fischer-Lescano, Andreas: Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis, Nomos-VerlagsGes., Baden-Baden 2007, 209 Seiten, 29,00 Euro.
- Bull, Hans Peter: Absage an den Staat? Warum Deutschland besser ist als sein Ruf, Vorwärts Buch, Berlin 2005, 293 Seiten, 24,80 Euro.
- Fisahn, Andreas: Herrschaft im Wandel. Überlegungen zu einer kritischen Theorie des Staates, PappyRossa Verlag, Köln 2008, 410 Seiten, 22,90 Euro.
- Hirsch, Joachim/Kannankulam, John/Wissel, Jens: Der Staat der Bürgerlichen Gesellschaft. Zum Staatsverständnis von Karl Marx, Nomos-VerlagsGes., Baden-Baden 2008, 223 Seiten, 29,00 Euro.

Buch zur Geschichte des Jugendwerkes der AWO

Autor Marcus Mesch liefert im ersten Buch zur Geschichte des Kinder- und Jugendverbandes der Arbeiterwohlfahrt (AWO) auf 236 Seiten einen umfassenden Überblick, von den Wurzeln des Jugendwerkes der AWO, über die Gründungsmotive und die Gründung bis zur Verabschiedung des Grundsatzprogramms im Jahr 2000.



Preis: 10 € pro Exemplar (zzgl. Versandkosten)

Bestellungen an:
AWO-Bundesverband e.V.
Verlag & Vertrieb
Blücherstr. 62/63
10961 Berlin
Fax: 030/2630932258
E-Mail: verlag@awo.org



Infos: Bundesjugendwerk der AWO
Fon: 030/2592728-50
E-Mail: info@bundesjugendwerk.de
www.bundesjugendwerk.de